

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal
Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und
Forschung WBF
Bern
armscontrol@seco.admin.ch

Liestal, 23. Juni 2020

Vernehmlassung
zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes als indirekter Gegenvorschlag zur Eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)»

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Grundsätzlich begrüssen wir das Anliegen der Volksinitiative, keine Kriegsmaterialausfuhren in Länder mit internen oder internationalen bewaffneten Konflikten zuzulassen. Wie der Bundesrat sind aber auch wir der Ansicht, dass eine Verankerung auf Verfassungsebene weder stufen- noch sachgerecht ist. Hingegen sollen die bisher in der Kriegsmaterialverordnung verankerten Bewilligungskriterien für Auslandsgeschäfte auf Gesetzesstufe geregelt werden. Die demokratische Rolle wird auf diese Weise gestärkt. Von den beiden vom Bundesrat der Initiative als indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellten Varianten befürworten wir die zweite Variante. Diese sieht die Überführung der Bewilligungskriterien in das Kriegsmaterialgesetz vor. Dies jedoch ohne Ausnahme für Länder, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen. Abweichungen sind nur möglich, wenn das Parlament die Bewilligungskriterien vorgängig angepasst hat.

Hochachtungsvoll

Isaac Reber
Regierungspräsident

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin